



Studierendenparlament der Bergischen Universität Wuppertal

AStA BU Wuppertal, Max-Horkheimer-Str. 15, 42119 Wuppertal

StuPa-Präsidium

Frau Solveig Klebert
Frau Kristin Krebs
Herr Erik Bamfaste

Max-Horkheimer-Straße 15
Gebäude ME, Ebene 04
42119 Wuppertal

stupapraes@asta.uni-wuppertal.de
www.stupa-wuppertal.de

Wuppertal, den 25.05.2023

Protokoll der 1. außerordentlichen Sitzung des Studierendenparlaments vom 24. Mai 2023

Beginn: 18:11

Ende:

Ort: AStA-Großraumbüro (ME04)

Redeleitung: Kristin Krebs

Protokoll: Solveig Klebert

Anwesende Parlamentarier*innen: Erik Bamfaste, Kristin Krebs, Solveig Klebert, Joshua Vohwinkel, Lilith Wemper, Selin Akdag, Ella Lebherz, Joschua Gottschalk, Henry Palmgren, Alexander Beeck, Ida Reddemann, Felix Wurm, Marcel Klein, Christian Bensch (wird durch Christian Bensch vertreten), Janis Oberndörfer, Luca Storms, Felix Pestke, Paul Heinrich, Vincent Flottmeyer

Abwesende Parlamentarier*innen: Laetitia Fraenke (entschuldigt und vertreten), Kai Radant (entschuldigt)

Anwesende Personen aus dem AStA und Gäste: Tilmann Matthaedi (AStA Finanzen), Lea Hochkirchen (AStA Vorsitz), Simon Villa Ramirez (AStA Finanzen)

TOP 1 Begrüßung und Regularien

Kristin Krebs eröffnet die Sitzung um 18:08 Uhr.

Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Das Parlament ist mit 19 anwesenden Parlamentarier*innen beschlussfähig.

Kristin schlägt die folgende Tagesordnung vor:

- TOP1 Begrüßung und Regularia
- TOP2 Anträge
- TOP3 Berichte aus den Gremien
- TOP4 Hochschule und Hochschulpolitik
- TOP5 Sonstiges und Termine

Die Tagesordnung wird mit 18/0/0 (Ja/Nein/Enthaltung) angenommen (da Ida kurz abwesend ist).

Das Protokoll der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses wurde rumgeschickt und zur Kenntnis genommen.

Das Protokoll der StuPa-Sitzung vom 05.04.2023 und vom 03.05.2023 werden abgestimmt. Das Protokoll vom 05.04.2023 ohne Änderungen des AStA Mobilitätsreferats, da selbige von Lio nicht nachgereicht wurden.

Protokoll vom 05.04.2023 mit 15/0/3 angenommen.

Protokoll vom 03.05.2023 mit 12/0/6 angenommen.

TOP 2 Anträge

Änderung der Beitragsordnung

Vorgestellt von Simon

Antragssteller*in: Simon Villa Ramirez

Antragstitel: Änderung der Beitragsordnung

Antragstext: 2. §4 Abs. 1 der Beitragsordnung wird wie folgt geändert:

- (1) Die Höhe des Studierendenbeitrages beträgt 18,50 Euro.
 - a) 14,25 Euro Beitrag für die Studierendenschaft (AStA-Beitrag),
 - b) 2,00 Euro Beitrag für die Fachschaften,
 - c) 1,50 Euro für den Hochschulsport,
 - d) 0,50 Euro für die Bühnenflatrate
 - e) 0,25 Euro für den Sozialfond.

Joshua G., Solveig und Janis kritisieren die vorgeschlagenen 1,50€ für den Hochschulsport, da das Stimmungsbild der letzten Sitzung von der Erhöhung auf 1€ sprach und die dieses Stimmungsbild eine Mehrheit fand. Außerdem war in dem Bericht vom Hochschulsport die Bitte um den „Gesundheitseuro“ (auf 1€ insgesamt) als ausreichend artikuliert.

Joshua G. stellt einen Änderungsantrag für (1) c) für den Hochschulsport: Erhöhung auf 1€ statt 1,50€. Damit läge die neue Höhe des Studierendenbeitrages bei 18,00€.

- (1) Die Höhe des Studierendenbeitrages beträgt 18,00 Euro.
 - a) 14,25 Euro Beitrag für die Studierendenschaft (AStA-Beitrag),
 - b) 2,00 Euro Beitrag für die Fachschaften,
 - c) 1,00 Euro für den Hochschulsport,**
 - d) 0,50 Euro für die Bühnenflatrate
 - e) 0,25 Euro für den Sozialfond.

Abstimmung über den ursprünglichen Antrag: mit 0/12/7 abgelehnt.

Antrag in der Form, wie sie Joshua gestellt hat: angenommen mit 19/0/0.

Nachtrag zum Haushalt

Vorgestellt von Simon

Antragsteller*in: Simon Villa Ramirez

Antragstitel: Nachtrag zum Haushalt

Antragstext: Der Ausgabentitel 23124 mit der Bezeichnung "zeitungen/bücher" soll um 1.000€ auf 1.200 erhöht werden. Die Mehrkosten werden durch die Reduzierung des Ausgaben-titels 23168 "honorare" aufgefangen. Der entsprechende Titel sinkt folglich von 8.000 auf 7.000€.

Durch die Anschaffung von Büchern durch das PoliBi-Referat treten Kosten auf, die den Titel "zeitungen/bücher" überziehen werden. Des Weiteren soll der Ausgabentitel 24268 mit der Bezeichnung "kultur gagen 0%" soll um 700€ auf 2.700€ erhöht werden. Die Mehrkosten werden durch die Erhöhung des Einnahmen-Titels 14262 "kultur getränke" aufgefangen. Der entsprechende Titel steigt infolge von 15.210 auf 15.910.

Antragsbegründung: Durch die Ausrichtung weiterer Parties und Feiern, bei denen zur musikalischen Untermauerung das Engagement von DJ-Teams vorgesehen ist, werden höhere Kosten auftreten, die den Titel "kultur gagen 0%" überziehen werden.

Es folgt eine Stellungnahme des Haushaltsausschusses vorgetragen durch Erik.

Die Büchern mögen nachhaltig angeschafft werden, sie sollen allen Studierenden zur Verfügung stehen und es soll keine Doppelkäufe mit der Unibib geben. Die Studis sollen, laut Rücksprache des Haushaltsausschusses mit Simon, Zugang zu den Büchern durch Absprache mit mehreren AStA-Referaten bekommen. Genaueres muss noch ausgearbeitet werden.

Tilman sagt, dass ohne Stellungnahme des Haushaltsausschusses der Antrag zum Nachtrag des Haushalts beim Rektorat nicht durchgehen würde. Erik erklärt nochmal, dass sie leider nur zu zweit anwesend waren bei der letzten Sitzung, außer ihm und Joshua V. niemand gekommen sei, auch die nicht, die für den Termin abgestimmt hätten und deswegen nicht beschlussfähig waren. Kristin weist auf die Relevanz des Haushaltsausschusses hin und auch, dass SDS/GHG immer noch eine Person im Ausschuss zu benennen hat.

Der Antrag wird daher vertagt.

Hörsaalbesetzung

Vorgestellt von Ida

Antragsteller*in: Ida Reddemann

Antragstitel: Hörsaalbesetzungen als legitimes Mittel

Antragstext: Das Studierendenparlament erkennt an, dass die mögliche Besetzung eines Hörsaals durch Student*innen ein legitimes Mittel darstellt und einen Beitrag zur demokratischen Willensbildung an einer Universität leisten kann. Aktionen des zivilen Ungehorsams bilden einen integralen Teil einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft. In der Geschichte von Universitäten deutschland- und weltweit kam und kommt es immer wieder zu Besetzungen im Rahmen von politischen Diskussionen. Die 68er-Bewegung beweist, dass eine Universität mehr ist als nur ein Ort des Lehrens und Lernens, sondern auch eine politische Institution. Auch wissen wir, dass die politische Aktivität von Student*innen lokal, aber auch bundesweit Auswirkungen auf die Politik oder Kultur haben kann, seien es die 68er-Bewegung in Deutschland, die Studierendenproteste im Mai des Jahres 1968 in Paris oder die Proteste an chinesischen Universitäten erst im letzten Jahr. Hörsaalbesetzungen sind ohne Frage ein traditioneller Teil der politischen Aktivität von Student*innen. Außerdem beweisen die Erfahrungen aus den Onlinesemestern, dass Vorlesungen auch stattfinden könnten, wenn die Räumlichkeiten der Universität nicht genutzt werden können.

Änderung durch Ida:

Antragstext: Das Studierendenparlament erkennt an, dass die mögliche Besetzung eines Hörsaals durch Student*innen ein legitimes Mittel darstellt und einen Beitrag zur demokratischen Willensbildung an einer Universität leisten kann.

Aktionen des zivilen Ungehorsams bilden einen integralen Teil einer funktionierenden demokratischen **Institutionen**. In der Geschichte von Universitäten deutschland- und weltweit kam und kommt es immer wieder zu Besetzungen im Rahmen von politischen Diskussionen. Die 68er-Bewegung beweist, dass eine Universität mehr ist als nur ein Ort des Lehrens und Lernens, sondern auch eine politische Institution. Auch wissen wir, dass die politische Aktivität von Student*innen lokal, aber auch bundesweit Auswirkungen auf die Politik oder Kultur haben kann, seien es die 68er-Bewegung in Deutschland, die Studierendenproteste im Mai des Jahres 1968 in Paris oder die Proteste an chinesischen Universitäten erst im letzten Jahr. Hörsaalbesetzungen sind ohne Frage ein traditioneller Teil der politischen Aktivität von Student*innen. Außerdem beweisen die Erfahrungen aus den Onlinesemestern, dass Vorlesungen auch stattfinden könnten, wenn die Räumlichkeiten der Universität nicht genutzt werden können.

Paul fragt nach der Relevanz der Änderung von Institution statt Gesellschaft. Lea erklärt, dass der Vorsitz diesen kassieren müsste, da er dann die Kompetenzen des StuPas übersteigen würden.

Änderung von Solveig und der Juso HSG: von Ida angenommen

Die Form wird kritisiert und sie wünschen sich eine Einteilung in Text und Begründung.

Außerdem wird um eine Ergänzung zur Verständlichkeit gewünscht, um den Zusammenhang von Onlinesemester und Streiks herzustellen.

Antragstext: Das Studierendenparlament erkennt an, dass die mögliche Besetzung eines Hörsaals durch Student*innen ein legitimes Mittel darstellt und einen Beitrag zur demokratischen Willensbildung an einer Universität leisten kann. Aktionen des zivilen Ungehorsams bilden einen integralen Teil einer funktionierenden demokratischen **Institutionen**.

Antragsbegründung: In der Geschichte von Universitäten deutschland- und weltweit kam und kommt es immer wieder zu Besetzungen im Rahmen von politischen Diskussionen. Die 68er-Bewegung beweist, dass eine Universität mehr ist als nur ein Ort des Lehrens und Lernens, sondern auch eine politische Institution. Auch wissen wir, dass die politische Aktivität von Student*innen lokal, aber auch bundesweit Auswirkungen auf die Politik oder Kultur haben kann, seien es die 68er-Bewegung in Deutschland, die Studierendenproteste im Mai des Jahres 1968 in Paris oder die Proteste an chinesischen Universitäten erst im letzten Jahr. Hörsaalbesetzungen sind ohne Frage ein traditioneller Teil der politischen Aktivität von Student*innen. Außerdem beweisen die Erfahrungen aus den Onlinesemestern, dass Vorlesungen auch stattfinden könnten, wenn die Räumlichkeiten der Universität nicht genutzt werden können, **sollten diese in einem Streik besetzt sein**.

Auf Einfachheit der Sprache durch bessere Verständlichkeit zu achten, findet Zustimmung.

Änderung von Ida angenommen.

Janis kritisiert die Besetzung von Hörsälen generell und lehnt den Antrag ab. Er kritisiert, dass damit die Freiheit der Lehre und Forschung gefährdet werde. Er finde es bedauerlich, dass diese Freiheit eingeschränkt wird und Studierende dadurch in Nachteil geraten würden und das Studierenden dadurch indirekt das Recht auf Lehre verwehrt werden würde.

Felix kritisiert Jannis und verweist auf Liberale Theoretiker wie John Rawls, die zivilen Ungehorsam gefährdet sehen und ziviler Ungehorsam durch die zukünftige Einschränkung der Freiheitsrechte gegen die langfristige Einschränkung der Freiheitsrechte ein legitimes Mittel zum friedlichen Widerstand gegen vorherrschende Ungerechtigkeiten darstelle.

Änderung von Felix: Allgemeinere Formulierung

Antragstext: Das Studierendenparlament erkennt an, dass die mögliche Besetzung eines Hörsaals durch Student*innen ein legitimes Mittel darstellt und einen Beitrag zur demokratischen Willensbildung an einer Universität leisten kann. Aktionen des zivilen Ungehorsams bilden einen **integralen Bestandteil funktionierender demokratischer Institutionen**.

Antragsbegründung: In der Geschichte von Universitäten deutschland- und weltweit kam und kommt es immer wieder zu Besetzungen im Rahmen von politischen Diskussionen. Die 68er-Bewegung beweist, dass eine Universität mehr ist als nur ein Ort des Lehrens und Lernens, sondern auch eine politische Institution. Auch wissen wir, dass die politische Aktivität von Student*innen lokal, aber auch bundesweit Auswirkungen auf die Politik oder Kultur haben kann, seien es die 68er-Bewegung in Deutschland, die Studierendenproteste im Mai des Jahres 1968 in Paris oder die Proteste an chinesischen Universitäten erst im letzten Jahr. Hörsaalbesetzungen sind ohne Frage ein traditioneller Teil der politischen Aktivität von Student*innen. Außerdem beweisen die Erfahrungen aus den Onlinesemestern, dass Vorlesungen auch stattfinden könnten, wenn die Räumlichkeiten der Universität nicht genutzt werden können, **weil zum Beispiel ein Hörsaal besetzt wird**.

Joshua G. bekräftigt Felix Statement und findet, dass gerade Jannis Statement zeigen würde, wie wenig zukunftsugewandt und apolitisch die Uni geworden ist.

Änderung von Ida angenommen.

Tilman ergänzt, dass auch aus konservativer und liberaler Perspektive ziviler Ungehorsam legitimiert sein sollte, um sich gegen einen übergriffigen Staat zu wehren. Die Studierendenschaft als eine Verwaltungsstelle habe jedoch nur eine eingeschränkte Möglichkeit sich an nicht gesetztes konformen Praktiken zu beteiligen, hierbei ginge es viel mehr um eine Resolution.

Jannis möchte sein Handeln nicht nach seinem Einkommen gemessen sehen. Er selbst sei nicht reich und hätte sich seine jetzige Position im Leben hart erarbeitet. Joshua G. hatte zuvor eine Bemerkung dahingehend gemacht.

Joshua G. erwidert, dass nicht Jannis reich sei, nur Politik für Reiche manchen würde bzw. seine Partei/Hochschulgruppe.

Kristin bittet zur Thematik des Antrages zurückzufinden.

Antragstitel: Hörsaalbesetzungen als legitimes Mittel

Antragstext: Das Studierendenparlament erkennt an, dass die mögliche Besetzung eines Hörsaals durch Student*innen ein legitimes Mittel darstellt und einen Beitrag zur demokratischen Willensbildung an einer Universität leisten kann. Aktionen des zivilen Ungehorsams bilden einen **integralen Bestandteil funktionierender demokratischer Institutionen**.

Antragsbegründung: In der Geschichte von Universitäten deutschland- und weltweit kam und kommt es immer wieder zu Besetzungen im Rahmen von politischen Diskussionen. Die 68er-Bewegung beweist, dass eine Universität mehr ist als nur ein Ort des Lehrens und Lernens, sondern auch eine politische Institution. Auch wissen wir, dass die politische Aktivität von Student*innen lokal, aber auch bundesweit Auswirkungen auf die Politik oder Kultur haben kann, seien es die 68er-Bewegung in Deutschland, die Studierendenproteste im Mai des Jahres 1968 in Paris oder die Proteste an chinesischen Universitäten erst im letzten Jahr. Hörsaalbesetzungen sind ohne Frage ein traditioneller Teil der politischen Aktivität von Student*innen. Außerdem beweisen die Erfahrungen aus den Onlinesemestern, dass Vorlesungen auch stattfinden könnten, wenn die Räumlichkeiten der Universität nicht genutzt werden können, **weil zum Beispiel ein Hörsaal besetzt wird**.

Abstimmung: Antrag mit 17/2/0 angenommen (inklusive der Änderungen).

TOP3 Berichte aus den Gremien

Kristin berichtet, dass sich der Haushaltsausschuss konstituiert hat.

Erik berichtet anschließend von der 1. Sitzung des Haushaltsausschusses am 22.05.

Er bittet um mehr Teilnahme, da ansonsten die Arbeit des StuPas aktiv behindert werden würde.

Joshua G. berichtet von der Hochschulwahlversammlung, dass eine neuen Kanzlerin gewählt wurde - Frau Löffler – die ihr Amt zum 01.10. antreten wird.

Tilmann berichtet, dass er zum nächsten Monat sein Amt niederlegen wird. Es folgt Applaus für Tilmanns Engagement in der Hochschulpolitik der BUW.

Erik fragt nach der Wahlordnung. Lea ergänzt, dass diese nun veröffentlicht wurde und daher die Vertretungsregel gilt. Die Listenverantwortlichen können dies Vertretungen jetzt vor Sitzungen dem StuPa-Präs per Mail benennen. Voraussetzung ist, dass die Vertretungsperson mindestens eine Stimme bei der letzten StuPa-Wahl gehabt haben muss.

TOP4 Hochschule und Hochschulpolitik

Lea berichtet vom letzten Rektoratsgespräch (ergänzt durch den Bericht aus dem Protokoll des 5. ordentlichen AStA-Plenums vom 10.05.'23)

Lea berichtet, dass Megan, Solveig und sie sich mit Frau Wolff und Frau Buch getroffen haben.

Es ging viel um Gebäude-bezogene Themen wie die Prüfung unserer Elektrogeräte, den durch die Terrasse blockierten Notausgang, einen Wasseranschluss im Ausschank, die Umrüstung unserer Lampen, Bürostühle und Wasser an den Hochbeeten. Um all diese Sachen in Zukunft direkt mit Herrn Moritz besprechen zu können, wird er beim nächsten Treffen voraussichtlich dabei sein.

Das Thema „Räume für Initiativen“ wurde auch angesprochen. Die Verwaltung der Räume sei ein wenig kompliziert, Lehre muss immer Priorität haben und natürlich muss ein gewisser Code of Conduct eingehalten werden. Grundsätzlich sei es aber wichtig, dass Räume für verschiedene Initiativen und Gruppen zur Verfügung stehen. Der AStA könne den von ihnen geplanten Raumbuchungs-Leitfaden gerne an Frau Buch zur Verifikation schicken, bevor sie ihn veröffentlicht, ggf. würde die Uni diesen dann auch auf ihrer Website veröffentlicht. Ein eigener Raum für Initiativen mit Schließfächern ist eher Zukunftsmusik, die Idee so einen Raum in neuen Gebäuden einzuplanen, wird aber an Herrn Moritz weitergegeben. Frau Wolff hat weitere Ideen für Räume, wo sie die aktuelle Nutzung prüfen will, so dass ggf. ein Raum für Initiativen durch den AStA verwaltet werden könnte. Frau Buch und Frau Wolff schenken beim Sommerfest gerne Bier aus und sprechen auch die anderen Rektoratsmitglieder darauf an. Es wurde relativ ausführlich über das Deutschlandticket und die damit verbundene Rechtsunsicherheit für den AStA bzgl. des Semestertickets gesprochen.

Der AStA hat erste Rückerstattungsanträge erhalten, zum Zeitpunkt des Gesprächs hat das Verhandlungsbündnis noch auf eine Antwort des VRRs gewartet. Es wurde berichtet, dass die LRK das Dortmunder Gutachten kennt und das Thema auf dem Schirm hat. Außerdem wurde sehr oft betont, dass es aus verschiedenen Gründen wichtig ist, das Solidarmodell zu erhalten. Frau Wolff hatte vorgeschlagen eine Vorratsabstimmung zu machen, die für verschiedene Szenarien das Verhalten des AStAs legitimiert. Frau Wolff wird die Thematik nochmal an verschiedenen Stellen platzieren. Lea berichtet, dass Herr Lutz sich in die Thematik der Rechtsauffassung des Rektorats einarbeitet und dass sie im Gespräch vom aktuellen Planungsstand berichtet hat, die Beitragsordnung mit den vom VRR vorgegebenen Beträgen im Studierendenparlament zur Abstimmung zu stellen und daraufhin bestätigend genickt wurde. Es wurde nach dem geplanten Düsseldorfer Gutachten gefragt, was im worst case der Doppelforderungen durch VRR und Studierende passieren würde und ob das Rektorat

dies unterstützen würde. Seite 5 von 8 Auch die Thematik der online verfügbaren Lehrmaterialien aus dem Studierendenparlament wurde angesprochen. Es wurde ein wenig über das Thema diskutiert, der AStA-Vorsitz und StuPa-Präs habe betont, dass es um die Nachvollziehbarkeit geht, was in der Vorlesung besprochen wurde, wenn einzelne Termine verpasst wurden. Frau Buch denkt, dass sie Appelle machen könne und hat dies zu Beginn des Semesters in ihrem Newsletter bereits getan. Bald solle das Leitbild Lehre neu geschrieben werden, darin könnten auch Benchmarks für gute Lehre formuliert werden. Wenn dem AStA Fälle auffallen, wo besonders viele Beschwerden bei ihnen ankommen, sollen diese an das Qualitätsmanagement weitergegeben werden.

Dass das QSL-System so unbekannt ist, ist ein Problem, vielleicht kann es auf dem Instagram Kanal des AStAs einen erklärenden Post geben.

Lea erzählt weiter, dass im Gespräch auch thematisiert wurde, dass insbesondere bei der IHG sehr oft ankommt, dass muslimische Studierende sich an der Uni unsicher fühlen. Es wurde darüber gebrainstormt, wie ein Sicherheitsgefühl wieder hergestellt werden kann, eine Aktion oder Veranstaltung die Sichtbarkeit schafft und wo Betroffene eingeladen werden, mitzugestalten, stand im Raum. Außerdem wurde darüber gesprochen, das damalige Blickfeld-Statement nochmal besser zu platzieren, auch um sich zu Diversität an der Universität zu bekennen.

Frau Buch wies darauf hin, dass die Thematik in den Code of Conduct im zukünftigen Leitbild Studium und Lehre gehört. Frau Wolff hat sich dafür ausgesprochen, die Antidiskriminierungsstelle schnell zu besetzen. Es wurde versprochen, dass die Thematik mit in die nächste Rektoratssitzung genommen wird. Die Evaluationsbögen werden überarbeitet, auch die binäre Geschlechtsangabe wird erweitert.

Lea berichtet vom Semesterticket

Die Situation sei kompliziert. Aktuell strebe man Verhandlungen mit VRR durch Asten in NRW an. Der VRR sei nicht verhandlungsbereit. Ein Gutachten sag, es gäbe ein Verhandlungsrecht, dass vermutlich eingeklagt werden müsste, dies sei jedoch teuer.

Es gehe um das Solidarmodell, aber auch um die Sonderbusse und andere Vertragskonditionen, die wegfallen würden, sollte es das Semesterticket nicht mehr geben.

Man rechne mit Rückerstattungen, die zwar aufwendig seien, aber möglich, sollte das Ticket keine Legitimation mehr bieten. Dies könnte den Anlass für ein Sonderkündigungsrecht bieten.

Menschen auf Bundesebene würden sich wohl Gedanken machen in Bezug auf ein bundesweites Semesterticket, Lio möchte auf dem LAT (Landes ASten Treffen) für die Ergänzung der Konditionen des aktuellen Semestertickets plädieren (Fahrrad- und Personenmitnahme).

Joshua G. ergänzt, dass die Menschen auf Bundes- und Landesebene die Studierenden wieder mal in ihren Gesprächen nicht mit einbeziehen würden. Er findet die Situation „kackendreißt“ und „unfassbar“.

TOP5 Sonstiges und Termine

Jannis kritisiert, dass sie nicht in Bezug auf das Sommerfest gehört hätten, keine Einladung zur Teilnahme oder Mitgestaltung erhalten hätte.

Solveig kritisiert, dass die Jusos auch nichts bekommen hätten, sie das nur mitbekommen hätten, weil eine gemeinsame Stand-Aktion von TV-Stud geplant sei. Die Frist zur Anmeldung sei wohl am 19.05. abgelaufen.

Lea erzählt, dass sich von Seiten der Unileitung wohl der Wunsch zu einer regen Beteiligung der Hochschulinitiativen abgeleitet hätte. Sie die Einladung jedoch lediglich an den AStA und damit lediglich an eine der drei Hochschulgruppen geschickt hätten. AStA-Vorsitz hätte daraufhin zurückgemeldet, dass sie bitte auch die anderen Gruppen einladen sollen, es jedoch nichts mehr passiert.

Zur Standanmeldung des Campussommerfestes am 20.06. könne man sich vermutlich noch an Herrn Stelzenbach (Leiter des Uni Marketings) wenden, mit dem Hinweis, dass keine Einladung eingetroffen sei und daher keine Anmeldung möglich gewesen wäre.

Der Haushaltsausschuss versucht, sich bis zur nächsten StuPa-Sitzung erneut zu treffen und eine Stellungnahme bezüglich des Nachtrages des Haushaltes abzugeben, damit dieser vom Rektorat angenommen werde. Erik bittet nochmal die linksgrüne Liste und Ab durch die Mitte, ihre Mitglieder zu mobilisieren, an den Sitzungen des Haushaltsausschusses teilzunehmen und diesen als das wichtige Gremium, das er nun mal sei, anzuerkennen. Dann könne auch der Nachtrag vom StuPa beschlossen werden.

Termine

25.05.2023 AStA Pubquiz mit Queer-Referat

29.05.2023 Demonstration zum 30. Jahrestag des Brandanschlags in Solingen

(Teilnahme erwünscht, da es eine Nazi-Gegendemo geben wird)

30.05.2023 Eröffnung der Ausstellung zum 30. Jahrestag des Brandanschlags in Solingen

30.05.2023 Ring-VI. Aula Wuppertal Institut

06.06.2023 TV-Stud Interessierten Treffen

07.06.2023 AStA Plenum

15.06.2023 AStA Open Air Rave

16.06.2023 Sommerfest BiPoC-Ref

19.06.2023 Hochschulratsitzung

(AStA Vorsitz eingeladen, Anmerkungen gerne bis dato an diese)

20.06.2023 Campus Sommerfest

21.06.2023 Rektoratsgespräch

05.07.2023 nächste StuPa

Die Sitzung wird um 19:19 Uhr durch Kristin beendet.

Solveig Klebert

Kristin Krebs

Erik Bamfaste